

MITTLINKS

Schlaglichter auf
einige »Baustellen«
der bezirklichen Arbeit
in Hamburg-Mitte

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

Liebe Leserin, lieber Leser,



seit etwas mehr als einem Jahr gibt es eine Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte. Mit dieser Publikation wollen wir interessierten Menschen einen Einblick in unsere Arbeit gewähren.

Unser Bezirk ist extrem vielfältig, selbst wenn man die Insel Neuwerk mal außen vor lässt: Von nahezu dörflichen Strukturen im südlichen Finkenwerder über die Wohnblocks von Kirchdorf Süd oder Mümmelmannsberg oder die »schicken« Neubauten der Hafencity bis zu den Altbauquartieren in St. Pauli. Entsprechend unterschiedlich sind die Probleme und die Erwartungen an die Politik, aber auch die sozialen Lagen der Menschen.

Wir wollen versuchen, einige »Baustellen« der bezirklichen Politik hier zu beleuchten und unsere Haltung zu bestimmten Handlungsfeldern zu erläutern. Das kann im Rahmen dieser Broschüre nur schlaglichtartig geschehen, deshalb veröffentlichen wir auch die Mailadressen unserer Aktiven in den verschiedenen Ausschüssen, die für weitere Auskünfte und Diskussionen gerne zur Verfügung stehen.

Mit freundlichem Gruß

Bernhard Stietz-Leipnitz

Fraktionsvorsitzender



Inhalt

»Soziale Erhaltungsverordnungen« – eine Heldentat?	4
von Bernhard Stietz-Leipnitz	
»Twin Towers« auf die Reeperbahn?	5
von Markus Schneider-Johnen	
Gentrifizierung – jetzt auch in Finkenwerder	7
von Kerstin Fremder-Sauerbeck	
Biotop weicht B-Plan	8
von Manfred Schubert	
Baumfällen für die Wirtschaft?!	9
von Ronald Wilken	
Wissenschaft unterm Hammer	10
von Sandra Clemens	
»Ihr lasst den Armen schuldig werden und überlasst ihn dann seiner Pein« (J.W.v. Goethe)	11
von Christine Detamble-Voss	
Am siebten Tage ruhte der Herr, aber nicht in Mitte	12
von Renate Hercher-Reis	
Der Stadtplanungsausschuss?	14
Was macht der eigentlich...	
von Bernhard Stietz-Leipnitz	
Die freie Wirtschaft	15
von Kurt Tucholsky	
Wer macht was?	17
DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	

4 »Soziale Erhaltensverordnungen« – eine Heldentat?

Foto:
Michael Joho



Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD) lässt sich in der Springer-Pressse als Retter von St. Pauli feiern, weil die Bezirksversammlung am 28. Mai 2009 einen Beschluss über eine »Plausibilitätsuntersuchung« zum Erlass einer »sozialen Erhaltensverordnung« für die Wohngebiete in St. Pauli gefasst hat. Es wird also erstmal geprüft, ob es ein von Verdrängung bedrohtes schützenswertes Milieu überhaupt (noch) gibt. Was wann daraus folgt, weiß jetzt noch niemand. Ebenso nutzt Markus Schreiber jede Gelegenheit, auch in St. Georg den Helden zu geben, weil auch dort vor einigen Monaten ein entsprechender Beschluss gefasst wurde.

Was ist da dran?

**Erhaltens-
verordnung
kommt zu
spät!**

Zunächst einmal ist festzustellen, dass die Initiativen viel zu spät kommen. Das soziale Umfeld, das es zu erhalten gegolten hätte, ist in beiden Stadtteilen, in St. Georg noch mehr als in St. Pauli, in den vergangenen Jahren bereits weitgehend negativ im Sine der Verdrängung alteingesessener BewohnerInnen durch das »segensreiche« Wirken von Spekulanten verändert worden. Gleichwohl tragen wir die Schutz-Initiativen mit: Sollten die »Plausibilitätsuntersuchungen« zu positiven Ergebnissen kommen, wird die Bezirksversammlung den Erlass der Verordnung bei der Stadtentwicklungsbehörde beantragen, es werden weitere Untersuchungen angestellt und wenn alles sehr gut läuft, gibt es die Verordnung(en) in einem oder anderthalb Jahren. Bis dahin kann aber weiter abgerissen und umgewandelt beziehungsweise »entwickelt« und »aufgewertet« werden.

Und was bewirkt eine Erhaltensverordnung, wenn sie denn kommt?

Die Erfahrung in der südlichen Neustadt lehrt, dass die Hoffnung auf stabile Mieten unberechtigt ist. Dafür bräuchte es andere Instrumente, zum Bei-



spiel Mietobergrenzen auch für Neuvermietungen. Wenn die Erhaltensverordnung in Kraft tritt, heißt das allerdings, dass im Bereich der Verordnung Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen der Genehmigung bedürfen beziehungsweise untersagt werden können. Ebenso kann die Verwaltung Luxusmodernisierungen aus Profitinteresse verhindern. Das war es aber auch im Wesentlichen. Die Aufschickung wird nicht verhindert, aber gebremst. Und die Chancen für MieterInnen zur Gegenwehr werden deutlich verbessert. Das schreckt den einen oder anderen »Investor« – vielleicht – ab.

Gegen Luxusmodernisierung und Aufschickung

Deshalb: Für soziale Erhaltensverordnungen – aber Warnung vor dem Glauben an ein Allheilmittel.

Bernhard Stietz-Leipnitz (Bezirksabgeordneter aus St. Georg, für DIE LINKE im Ausschuss für Wohnen und Soziale Stadtentwicklung)

»Twin Towers« auf die Reeperbahn?



Quo vadis?
(Foto:
petermaus/
pixelio.de)

»Es handelt sich bei diesem Projekt um ein weithin sichtbares Landmark-Gebäudeensemble«, gibt Matthias Pirschel, Leiter der Hamburger Niederlassung der Strabag Real Estate, unumwunden zu. Ein weiteres Leuchtturmprojekt also für die Hansestadt, diesmal gleich im Herzen St. Paulis, quasi als Eingangstor zur Reeperbahn. So manch einem wird dann wohl schon bald beim Anblick der bewegten Fassade schwindelig werden. Geht es nach den politisch Verantwortlichen von SPD und GAL und natürlich auch nach der CDU und der FDP, dann zieren schon 2011 die »Tanzenden Türme« den Eingang zur Reeperbahn, die Bauarbeiten sollen im Juni 2009 beginnen. Ein Blick zurück: Bereits 2003 ging der Entwurf des Architekten-Trios Bothe Richter Teherani (BRT) als Sieger aus einem ArchitektInnenwettbewerb hervor.

Tanzende Türme: ein weiteres Leuchtturmprojekt

6 Sechs Jahre später (!) lud der Stadtplanungsausschuss für den 6. April zu einer öffentlichen Plandiskussion ins Wirtschaftsgymnasium Budapester Straße ein, um eine »frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung« zu gewährleisten. Wie lächerlich diese Absichtsbekundung ist, wird darin deutlich, dass nicht etwa – wie im Baugesetzbuch vorgesehen – unterschiedliche Lösungsansätze für das Gelände präsentiert wurden, sondern im Grund schon feststeht, dass die Strabag im Sommer mit der Errichtung beginnen soll. Der Plan steht längst fest und eine Alibi-Anhörung mussten die Herren Politiker, Verwalter, Architekten und Investoren noch über sich ergehen lassen. Bis auf eine einzige Äußerung waren alle Stellungnahmen aus der Bevölkerung durchweg negativ. Die Einwände wurden sogleich vom Podium aus abgebugelt oder ignoriert.



Die Tanzenden
Türme von
Bothe Richter
Teherani

Auch wir wenden uns entschieden gegen das Vorhaben, dass auf dem Grundstück Reeperbahn 1/Ecke Zirkusweg zwei Bürotürme mit 22 beziehungsweise 24 Geschossen (Höhe: ca. 80 bzw. 90 Meter über Gelände) und dahinter ein 3-4-Sterne-Hotel (ca. 28,5 Meter über Gelände) gebaut werden sollen. Wir wollen keine Monstertürme mit hässlichen Glasfassaden. Das Empire Riverside Hotel, der Astra-Turm, das gesamte Brauereiquartier haben schon viel von dem Charme St. Paulis zerstört und die Skyline in sehr kurzer Zeit drastisch verändert. Mit dem Bau eines 22- bis 24-geschossigen Büroturms wird dieser Trend fortgesetzt und bricht vom Hafen nach St. Pauli-Nord durch.

**Wir wollen
keine Monstertürme,
sondern den
Charme von
St. Pauli
erhalten!**

Außerdem gibt es an weiteren Büros keinen Bedarf auf St. Pauli, da in der Umgebung ein Überangebot vorhanden ist – mit einem enormen Büroleerstand, so dass zusätzliche Büros lediglich den Konkurrenzkampf erhöhen. Auch das Gebäude gegenüber (Millerntorplatz 1) steht größtenteils leer. Zudem bekommt auch der Hamburger Immobilienmarkt die Folgen der Kapitalismuskrise zu spüren: Die Büronachfrage ist bereits stark zurückgegangen. Der österreichische Baukonzern Strabag, der seit 2005 Mehrheitsaktionär bei Züblin ist, will zwar die untere Hälfte der Türme beziehen, um dort sein Hauptquartier Norddeutschland zu errichten. Dafür werden sie aber andere Büros räumen. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht, sondern es werden nur bestehende verlagert.

In dem Baukonzept ist übrigens die Rede von einer »Ausgleichs«-Absicht: Das oberste Geschoss des südlichen Turms soll öffentlich zugänglich sein und eventuell gastronomisch genutzt werden. Das heißt: Die Planer gestehen doch ein, dem Viertel Schaden zuzufügen – warum sonst sollten sie an einen »Ausgleich« denken? Und dies wohl nur, um den zu erwartenden Widerstand gegen den Bau zu drosseln. Dies wird ihnen mit diesem Manöver aber nicht gelingen, zumal ein öffentlicher Zugang zum obersten Geschoss ohne Verzehrzwang nicht vorgesehen ist.

Markus Schneider-Johnen (zugewählter Bürger aus St. Pauli, für DIE LINKE im Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung)

Gentrifizierung – jetzt auch in Finkenwerder



Alte Bootshalle: dem Abriss geweiht?
(Foto: Kerstin Fremder-Sauerbeck)

Wer meint, dass es in Finkenwerder eher gemäßigt zugeht, der irrt. Auch hier gilt das Senatsprogramm der »Wachsenden Stadt«. Wenn es demnächst dank der Umgehungsstraße endlich noch ruhiger wird, soll auf einer Fläche, auf der bis jetzt Obst angebaut wird, ein Neubaugebiet mit 430 Wohneinheiten in Eigentums-Reihenhäusern entstehen.

Statt dringend benötigtem sozialen Wohnungsbau wird also darauf abgezielt, ein Zwölftel mehr Einwohner aus einer bestimmten sozialen Schicht nach Finkenwerder zu locken. Das hätte Auswirkungen auf die gesamte soziale Struktur. Gleichzeitig soll die Wasserfront rund um den Fähranleger modern aufgehübscht werden.

Wir wollen sozialen Wohnungsbau mit bezahlbaren Mieten!

Geplant ist neben einem »attraktiven« Fähr-Terminal der Bau eines »Maritimen Einkaufszentrums«, das außer Aldi und Edeka ein »hochwertiges« Restaurant beherbergen und einen eigenen Bootsanleger haben soll – damit die wachsende Zahl der Sportbootbesitzer vor dem Törn billigen Proviant laden und noch einmal schick essen gehen kann. Dass dafür zum Teil denkmalgeschützte Wertgebäude weichen müssen, die noch vom alten Hafenarbeiterstadtteil und der damit zusammenhängenden Kultur zeugen, passt ins Konzept.

Kerstin Fremder-Sauerbeck (zugewählte Bürgerin für DIE LINKE im Regionalausschuss Finkenwerder)

8 Biotop weicht B-Plan

Der B-Plan-Entwurf Wilhelmsburg 92 »Hauland« und umweltbezogene Unterlagen werden in der Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli 2009 öffentlich ausgelegt: im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung, Klosterwall 18.

Was steht hinter der Bezeichnung W. 92?

Hier ist heute eine riesige Naturfläche, die Mitte der 1990er Jahre zum Teil zur »Streuobstwiese« herangezogen worden ist. Es wurden meist Apfelbäume gepflanzt, einige wenige Birnen- und Pflaumenbäume kamen hinzu. Seither gehen viele WilhelmsburgerInnen dorthin und ernten »ihr« Obst. Der Rest der Fläche besteht aus großen Wiesen, die höchstens zwei Mal jährlich gemäht werden und mit vielen verschiedenen Büschen und Bäumen bewachsen sind. An einigen Stellen sind Holzgestelle aufgebaut worden, die ansässigen Greifvögel als Beobachtungsplatz dienen. Hier sieht man teilweise bis zu fünf Falken, Bussarde und andere Greifvögel sitzen.

Das Gelände wird von in Wilhelmsburg üblichen Wassergräben durchzogen und bietet dem Besucher einen ziemlich großen See. Dazu ist es ein bedeutendes Jagdgebiet für Fledermäuse, auch wenn diese nicht hier nisten. Natürlich gibt es auf dem Gelände Vorkommen von streng oder besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten. UmweltschützerInnen bezeichnen die gesamte Fläche als ein riesiges Biotop.

Der Bebauungsplan Wilhelmsburg 92 »Hauland« besagt, dass hier bis zum Jahr 2020 circa 500 Wohneinheiten gebaut werden sollen. Ob es sich dabei auch um sozialen Wohnungsbau handelt, ist bisher nicht bekannt. Von notwendiger Infrastruktur, zum Beispiel Kitas und Schulen, ist im B-Plan nicht die Rede. Wieder einmal soll ein Stück wertvoller Natur für Wohnbebauung geopfert werden. In Wilhelmsburg hört man immer öfter, dass eine Bebauung auf der Streuobstwiese und angrenzenden Flächen verhindert werden muss.

Manfred Schubert (zugewählter Bürger aus Wilhelmsburg, für DIE LINKE im Stadtplanungsausschuss)

**Unsinniger
Gegensatz:
Wohnungs-
bau gegen
Biotope**



Baumfällungen für die Wirtschaft?!

9

Permanent werden Baumfällungen im Zusammenhang mit Bauvorhaben vorgenommen, die gegen den Paragraphen 26 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes verstoßen: Zwischen dem 15. März und dem 30. September dürfen eigentlich keine Bäume gefällt werden. Besonderen Schutz ab dem 1. Februar genießen Bäume, die bekannte Nistplätze aufweisen. Weil wir immer öfter beobachten konnten, dass Bäume auch in dieser Zeit der Axt zum Opfer fielen, hatten wir einen Antrag in die Bezirksversammlung eingereicht, damit die Fällungen eingestellt werden.

Die Bezirksverwaltung verwies uns daraufhin auf eine Ausnahmeregelung im Hamburgischen Naturschutzgesetz. Baumfällungen sind demnach doch möglich, »wenn die Maßnahme zur Abwendung wesentlicher wirtschaftlicher Schäden bei der Verwirklichung von Bauvorhaben erforderlich ist«. Viele BürgerInnen können mir bestätigen, dass diese Ausnahmeregelung leider immer mehr zur Regel wird.



Mein Freund der Baum ist tot - für wirtschaftliche Interessen!

Hier ein Beispiel: Anlass war ein Antrag im Verkehrs- und Umweltausschuss von der Finanzbehörde – richtig gehört, von der Finanzbehörde. Im Kleingartenverein Eichenallee e.V. in Wilhelmsburg sollten alle Bäume gefällt werden, wegen Vandalismus in den leerstehenden Kleingärten, so die seltsam anmutende Erklärung. Andererseits begründete man die Baumfällungen durch Bauvorhaben (im Zusammenhang mit der Internationalen Gartenschau). Welch ein Widerspruch. Entweder Bauvorhaben oder Vandalismus – was denn nun? Die Vertreter des Bezirks Mitte lehnen zurzeit eine sofortige Fällung der Bäume ab, aber die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) kann die Sache im Auftrag der Finanzbehörde immer noch an sich ziehen und die Baumfällungen anordnen, was wir natürlich nicht hoffen.

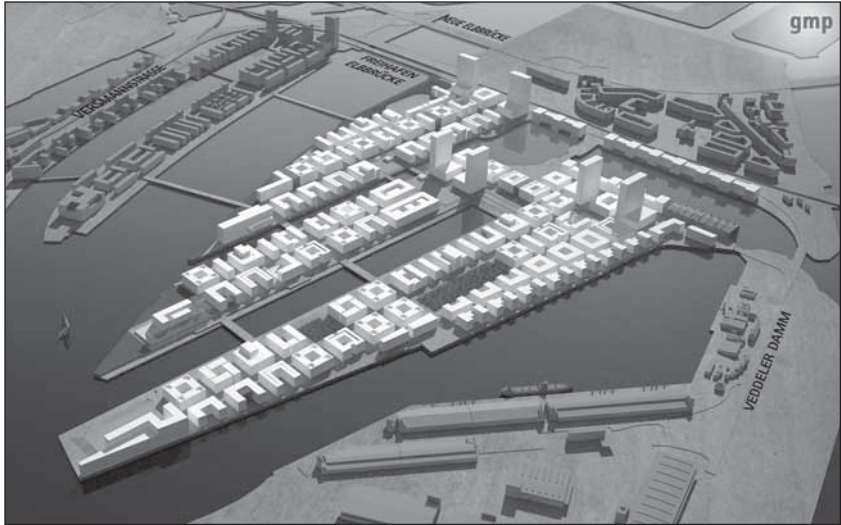
Vor Baumfällungen müssen MitarbeiterInnen der Bezirksverwaltung grundsätzlich prüfen, ob Nester in den Bäumen sind. Erst dann dürfen Baumfällungen genehmigt werden. Ich wies im Verkehrs- und Umweltausschuss darauf hin, dass Investoren natürlich rechtzeitig von der Prüfung wissen. Ohne jemandem böse Absichten zu unterstellen, es könnte Zeitgenossen geben, die auf die Idee kommen könnten, vorhandene Nester zu entfernen, um Baumfällungen zu ermöglichen. Meine Ausschuss-Kollegen nahmen dies entsetzt zur Kenntnis, nach dem Motto, es kann nicht sein, was nicht sein darf, heißt es doch im Grundgesetz: »Eigentum verpflichtet«, wie mir ein Ausschussmitglied der SPD entgegnete, aber ich vermute, nicht ganz im Ernst gemeint.

»Eigentum verpflichtet – Ernst gemeint?

Ronald Wilken (Bezirksabgeordneter aus Wilhelmsburg, für DIE LINKE im Ausschuss Umwelt und Verkehr)

10 Wissenschaft unterm Hammer

Bleibt hoffentlich nur eine Vision: Das Unighetto auf dem Kleinen Grasbrook nach einem Teilumzug (Foto: © Gerkan, Marg and Partners Architects [gmp]).



Geht es nach den Wünschen der Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach, entsteht auf dem Kleinen Grasbrook ein neuer Universitätsstandort. Die Szenarien einer geplanten Universitaterweiterung stellte sie uns im Mai vor. Neben möglichen umfangreichen Baumaßnahmen am jetzigen Universitätsstandort in Eimsbüttel präsentierte die Senatorin das Szenario eines vollständigen Neubaus auf dem Kleinen Grasbrook, »um den Wissenschaftsstandort Hamburg nach vorne zu bringen«. Klingt doch alles ganz nett, schließlich muss die Universität sich doch erweitern, wo ist der Haken? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, denn klar ist, dass das ambitionierte Jahrhundertprojekt gigantische Summen verschlingen wird – die Kosten für eine Verlängerung der U4 noch gar nicht mit einbezogen –, die aus üblichen Geldern nicht zu bestreiten sein werden. Die Finanzierung soll zu großen Teilen aus privaten Mitteln fließen, etwa in Form eines Public-Private-Partnership-Modells.

Die SPD, GAL und CDU übertrafen sich gegenseitig in ihren Laudatien für eine Verlagerung auf den Kleinen Grasbrook. Bezirksamtsleiter Markus Schreiber forderte die Menschen der betroffenen Stadtteile auf, bei dieser »Jahrhundertentscheidung« doch ihren Lokalpatriotismus zu überwinden, ein Wink mit dem Zaunpfahl an seinen Amtskollegen aus Eimsbüttel, der vehement für den Standort im Grindelviertel kämpft.

Doch um die Frage des Lokalpatriotismus geht es hier mitnichten. Wir sind der Meinung, dass die geplante Univerlagerung den seit Jahren betriebenen Paradigmenwechsel in Forschung und Lehre fortsetzt, da wohl kaum ein privater Investor in eine Universität investiert, ohne seine eigenen Interessen dabei zu verfolgen. Auf dem Kleinen Grasbrook könnte dann eine Wissensfabrik

**HafenCity-
Universität:
Unterord-
nung der
Wissenschaft
unter wirt-
schaftliche
Interessen**

entstehen, die akademische Facharbeiter ausbildet, nach dem Lehrplan des jeweiligen Investors. Eine Verlagerung der Universität würde das fortsetzen, was mit der Bologna-Reform auf Europa-Ebene begann: Die Unterordnung der Wissenschaft unter wirtschaftliche Interessen, dabei ist eine unabhängige Wissenschaft in einer Demokratie grundlegend. Das Humanistische Bildungsideal hätte dann wohl endgültig ausgedient. Wir lehnen deshalb weiterhin eine Teilverlagerung oder einen vollständigen Umzug der Universität auf den Kleinen Grasbrook ab und befürworten den Verbleib am jetzigen Standort im Grindelviertel. Dazu brachten wir einen Antrag ein, der von den anderen Fraktionen in ihrer Euphorie abgeschmettert wurde.

Sandra Clemens (Bezirksabgeordnete aus Hamm, für DIE LINKE im Ausschuss für Schule, Kita, Sport)

»Ihr lasst den Armen schuldig werden und überlasst ihn dann seiner Pein«

(Johann Wolfgang von Goethe)

»Kindstod unklarer Genese«, so das abschließende Ergebnis der Gerichtsmedizin am UKE, die den Leichnam von Lara untersuchte. Das kleine Mädchen aus Wilhelmsburg war im März 2009 verstorben. Ob Mangelernährung dabei eine Ursache sein könnte, wird noch geprüft. Ebenso laufen noch die Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen die Mutter, deren Lebensgefährten und die Betreuerin weiter. Unser Mitgefühl gilt der Mutter von Lara und ihrem Lebensgefährten. Unvergessen sind die Schuldzuweisungen von Senator Dietrich Wersich und zu Anfang auch von Bezirksamtsleiter Markus Schreiber an den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) in Wilhelmsburg und gegenüber dem Rauhen Haus. Diese sollten ablenken von der chronischen Unterfinanzierung des ASD auf Grund der Einsparungen der vergangenen Jahre. Allein dem Mut der ASD-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es zu verdanken, dass die unhaltbaren Arbeitsbedingungen, die miese Bezahlung und die mangelnde Anerkennung für ihre Leistung an die Öffentlichkeit kamen. Im Rathaus überreichten sie eine Petition und brachten damit ihre Verzweiflung zum Ausdruck. In ihrer Petition beklagen die Pädagoginnen eine enorme Papierflut, die sie täglich bewältigen müssen. »Ich komme vielleicht eine Stunde am Tag dazu, mich um meine Klienten zu kümmern«, so ein Mitarbeiter, »die anderen sieben Stunden schreibe ich Berichte.«

Kindesvernachlässigung: Schuldzuweisung an die Falschen

Wir haben die große Sorge, dass die ganze Aufregung über Laras Tod in Politik und Presse ebenso sang- und klanglos versickern wird wie vordem bei

- 12 dem »Fall Jessica«. Den hat die damalige Senatorin Birgit Schnieber-Jastram schlichtweg ausgesessen. Vor diesem Hintergrund wünschen wir uns, Senator Wersich und Bezirksamtsleiter Schreiber mögen sich beim ASD in Wilhelmsburg entschuldigen und stattdessen Anerkennung und Dank für die engagierte Arbeit der Sozialpädagoginnen und Pädagogen, die dort geleistet wird, öffentlich aussprechen. Und das verbunden mit der festen Zusage, die aufgetretenen Missstände schnellstens zu beheben. Gestützt auf die Forderungen der Teilpersonalversammlung des ASD am 30. März 2009 im Bezirk Mitte, stellen wir fest: Die beste Vernetzung, neue Computerprogramme, Zielvereinbarungen, Berichtswesen, Qualitätssicherung und so weiter können bei der jetzigen personellen Unterversorgung im ASD keine Verbesserung in der Jugend- und Familienarbeit herbeiführen. Keine weiteren bürokratischen Kontrollen, nicht noch mehr Dokumentationen, nicht noch mehr Dienstanweisungen, nicht noch mehr Einsparungen!

**Für eine
Reform der
Sozialen
Dienste**

Stattdessen muss eine Reform der Sozialen Dienste her! Mindestens 100 neue Stellen, wie die Gewerkschaft ver.di fordert, extra Personal für die Büroarbeit, regelmäßige Supervision. Das könnten die ersten wichtigen Schritte zu einer funktionierenden Kinder- und Jugendpflege sein, aus dem dringenden Grund, einem weiteren Tod eines Säuglings vorzubeugen.

Christine Detamble-Voss (Bezirksabgeordnete aus St. Pauli, für DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss)

Am siebten Tage ruhte der Herr, aber nicht in Mitte

Am 21. Juni 2009 wurden wir nicht nur durch einen autofreien Sonntag beglückt, nein, wer noch Geld hatte, durfte sogar in der City shoppen. Um uns dieses Glück zu beschern, ignorierte der Senat einfach die mehrheitlichen Stimmen in der Bezirksversammlung gegen eine Sonntagsöffnung, indem er von seinem Evokationsrecht Gebrauch machte (dem Recht, Entscheidungen der Bezirksverwaltung an sich zu ziehen). Die Begründung des Senates, dass es sich bei einer Sonntagsöffnung am autofreien Sonntag um eine innovative Maßnahme des Klimaschutzes handelt, können wir nicht nachvollziehen. Wenn nur an solchen außergewöhnlichen Tagen keine Fahrtkosten für die BürgerInnen für Fahrten in die Innenstadt entstehen, kann damit ja noch kein Anreiz begründet werden, an anderen Tagen kostenpflichtig den HVV zu benutzen.

**Shoppen am
Sonntag:
Klimaschutz?**

Auch die Begründung, dass es sich hier um eine Maßnahme handelt, die die Rezession mildern soll, ist nicht wirklich nachzuvollziehen. Wenn die Menschen in

der aktuellen Wirtschaftskrise wenig bis gar kein Geld für zusätzliche Ausgaben aufbringen können, können sie dies auch dann nicht tun, wenn ihnen ausnahmsweise der Fahrpreis in die Innenstadt erlassen wird. Zudem ist an den bisherigen Zahlen nicht abzulesen, dass solche zusätzlichen Öffnungszeiten dem Einzelhandel dem Aufwand entsprechend mehr Geld in die Kassen gespült hätten.

Die großen Nachteile liegen aber auf der Hand. Auch wenn immer wieder betont wird, dass für die Beschäftigten kein Zwang besteht, an solchen Tagen zu arbeiten, ist es doch so, dass bei der momentanen Arbeitsmarktlage jede/r Beschäftigte sich genau überlegt, ob sie/er sich in einer solchen Situation verweigert. Die ArbeitnehmerInnen im Einzelhandel haben das Nachsehen, wenn sie nicht einmal mehr einen Tag in der Woche verbindlich frei haben.

Auch die weitere Begründung, dass es sich ja nur um diese wenigen Sonntage im Jahr handelt, ist zu bezweifeln. Da einer der wenigen Tage ja schon als innovative Klimavorsorge behandelt wird, könnte der Senat durchaus auf die Idee kommen, die Ablehnung der Bezirksversammlungen hierzu grundsätzlich zu kippen, wie bei dieser letzten Entscheidung. Denn geht es nach den Vorstellungen des Einzelhandels, sollte ursprünglich auch am 27. September, dem Tag der Bundestagswahlen, fleißig konsumiert werden. Bisher ist der Termin am Widerstand ausnahmsweise aller Fraktionen der Bezirksversammlung gescheitert. Wir werden weiterhin im Sinne der Beschäftigten im Einzelhandel konsequent gegen Sonntagsöffnungen stimmen, weil wir nicht wollen, dass Ausnahmen einreißen und nach und nach zur Regel werden.

Renate Hercher-Reis (Bezirksabgeordnete aus Wilhelmsburg, für DIE LINKE im Ausschuss für Haushalt, Kultur und regionale Wirtschaftsentwicklung)



Für viele bleiben die Tüten leer (Foto: hofschlaeger/pixelio.de)

ArbeitnehmerInnen im Einzelhandel haben das Nachsehen

14 **Der Stadtplanungsausschuss?**

Was macht der eigentlich...

»Der Stadtplanungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat als zentrale Aufgabe, die Entwicklung von Hamburgs Stadtentwicklungskonzept auf bezirklicher Ebene zu begleiten. Die förmliche Umsetzung wird hierbei vor allem im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens mitgestaltet, begonnen mit einer frühen Beteiligung des Ausschusses beim Planentwurf, über die frühzeitige Bürgerbeteiligung bis hin zur Beschlussempfehlung für die Bezirksversammlung.« (Offizielle Beschreibung im Internet).

Der Stadtplanungsausschuss kann Entscheidungen nicht wirklich beeinflussen

In der Tat, der Ausschuss »begleitet« das Hamburger Stadtentwicklungskonzept. Das heißt zum Beispiel, dass er beim »Leuchtturm« Hafencity nur informiert, aber nicht beteiligt wird. Das heißt auch, dass er die Projekte der IBA in Wilhelmsburg nicht wirklich beeinflussen kann. Und es heißt vor allem, dass er sich im Bereich der inneren Stadt vor allem mit »Vorhaben bezogenen Bebauungsplänen« auseinandersetzen hat. Das sind im Regelfall Bebauungspläne für Filetgrundstücke, die die Stadt im Höchstgebotsverfahren veräußert hat und für die nun Bauten geplant werden, die die Riesensummen wieder einspielen sollen, die der Finanzsenator Michael Freytag (CDU) den Investoren abgeknöpft hat. Insofern sind auch da viele Vorentscheidungen zum Beispiel über Baumassen beziehungsweise Eigentums- oder Mietwohnungen bereits gefallen und der Ausschuss hat allenfalls in Sonderfällen die Möglichkeit, wirklich Einfluss zu nehmen. Nämlich dann, wenn Hamburg noch die Finger im Spiel hat und ein »städtebaulicher Vertrag« zur Durchführung eines Projekts geschlossen werden muss.

Aktuelle Projekte im Ausschuss sind zum Beispiel die »Tanzenden Türme« am Eingang der Reeperbahn (siehe oben S. 5f.) oder das Katharinenquartier, die Bebauung des Grundstücks der Schule, die in die Hafencity verlegt wurde. Dort hat die Finanzstrategie des Senats dazu geführt, dass eine sehr dichte und hohe (aber wenigstens teilweise Wohn-) Bebauung durch den HochTief-Konzern geplant wird, die zu Recht den Unmut der Katharinen-Kirchengemeinde erregt.

Übrigens, auch dieser Ausschuss tagt immer öffentlich, meistens jeden zweiten Mittwoch im Monat.

Bernhard Stietz-Leipnitz



Kurt
Tucholsky in
Paris, 1928

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf euern Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein,
wir wollen freie Wirtschaftler sein!
Fort die Gruppen – sei unser Panier!
Na, ihr nicht.
Aber wir.

Ihr braucht keine Heime für eure Lungen,
keine Renten und keine Versicherungen.
Ihr solltet euch allesamt was schämen,
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!

16 Ihr sollt nicht mehr zusammen stehn –
wollt ihr wohl auseinander gehn!
Keine Kartelle in unserm Revier!
Ihr nicht.
Aber wir.
Wir bilden bis in die weiteste Ferne
Trusts, Kartelle, Verbände, Konzerne.
Wir stehen neben den Hochofenflammen
in Interessengemeinschaften fest zusammen.
Wir diktieren die Preise und die Verträge –
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.
Gut organisiert sitzen wir hier –
Ihr nicht.
Aber wir.

Was ihr macht, ist Marxismus. Nieder damit!
Wir erobern die Macht, Schritt für Schritt.
Niemand stört uns. In guter Ruh
sehn Regierungssozialisten zu.
Wir wollen euch einzeln. An die Gewehre!
Das ist die neuste Wirtschaftslehre.
Die Forderung ist noch nicht verkündet,
die ein deutscher Professor uns nicht begründet.
In Betrieben wirken für unsere Idee
die Offiziere der alten Armee,
die Stahlhelmleute, Hitlergarden –
Ihr, in Kellern und in Mansarden,
merkt ihr nicht, was mit euch gespielt wird?
mit wessen Schweiß der Gewinn erzielt wird?
Komme, was da kommen mag.
Es kommt der Tag,
da ruft der Arbeitspionier:
»Ihr nicht.
Aber Wir. Wir. Wir.«

Kurt Tucholsky

* 9.1.1890, † 21.12.1935

Wer macht was?

DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

	Mail	Telefon
Bezirksfraktion		
Bernhard Stietz-Leipnitz (Vors.)	stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de	24 57 40
Christine Detamble-Voss (stv. Vors.)	christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de	439 96 72
Sandra Clemens	sandraclemens1@freenet.de	0175/740 79 09
Olaf Harms	olaf_harms@gmx.de	0172/24 54 50 68
Renate Hercher-Reis	renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de	70 01 20 33
Ronald Wilken	RonaldC@gmx.de	754 55 85
Tilman Rosenau (Gesch.führer)	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de	28 57 69 08
Hauptausschuss		
Bernhard Stietz-Leipnitz	Kontakt s.o.	
Christine Detamble-Voss	Kontakt s.o.	
Jugendhilfeausschuss		
Christine Detamble-Voss	Kontakt s.o.	
Yusuf Baskan	yusnik@hotmail.de	0171/294 66 38
Stadtplanungsausschuss		
Bernhard Stietz-Leipnitz	Kontakt s.o.	
Manfred Schubert	manfred.schubert@hanse.net	75 06 16 96
Ständige Vertreterin:		
Renate Hercher-Reis	Kontakt s.o.	
Bau- und Denkmalschutzausschuss		
Ronald Wilken	Kontakt s.o.	
Tony Schinkowski	tony@crc7.de	0172/855 76 69
Ständiger Vertreter:		
Bernhard Stietz-Leipnitz	Kontakt s.o.	
Ausschuss für Haushalt, Kultur, regionale Wirtschaftsentwicklung		
Renate Hercher-Reis	Kontakt s.o.	
Olaf Harms	Kontakt s.o.	
StändigeR VertreterIn:	N.N.	
Ausschuss für Verkehr und Umwelt		
Ronald Wilken	Kontakt s.o.	
Rudolf Sergel	biosys-info@email.de	0175/208 78 26
Ständige Vertreterin:		
Renate Hercher-Reis	Kontakt s.o.	
Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung		
Bernhard Stietz-Leipnitz	Kontakt s.o.	
Markus Schneider-Johnen	m.schneider-johnen@gmx.de	74 39 59 17
Ständige Vertreterin:		
Sandra Clemens	Kontakt s.o.	

Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit

Christine Detamble-Voss Kontakt s.o.
Ausschussvorsitzende
Manfred Schubert Kontakt s.o.
StändigeR VertreterIn: N.N.

Ausschuss für Schule, Kita und Sport

Sandra Clemens Kontakt s.o.
Volker Honold volker.honold@linksfraktion-hamburg.de
StändigeR VertreterIn N.N.

Ausschuss für Management des öffentlichen Raumes (Zentralausschuss)

Christine Detamble-Voss Kontakt s.o.
Steffen Leipnitz stietz-leipnitz@freenet.de
StändigeR VertreterIn: N.N.

Regionalausschuss Finkenwerder (und Waltershof)

Bernhard Stietz-Leipnitz Kontakt s.o.
Kerstin Fremder-Sauerbeck fremdes@gmx.de 0178/858 63 85
Ständiger Vertreter:
Kristian Sauerbeck c.sauerbeck@web.de

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Finkenwerder (und Waltershof)

Kerstin Fremder-Sauerbeck Kontakt s.o.

Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Ronald Wilken Kontakt s.o.
Christine Wolfram christinewolfram@alice-dsl.de 0177/233 10 81
Ständiger Vertreter:
Manfred Schubert Kontakt s.o.

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Wilhelmsburg/Veddel

Renate Hercher-Reis Kontakt s.o.
Ausschussvorsitzende

Regionalausschuss Billstedt/ Mümmelmannsberg

Uwe Böhm boehm-uwe@gmx.de
Renate Hercher-Reis Kontakt s.o.
ständiger Vertreter:
Willi Mittelstedt

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Billstedt/ Mümmelmannsberg

Thomas Homann 0162/950 58 64

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde (in Gründung)

Sandra Clemens Kontakt s.o.
Marion Fisch marion.fisch@vsa-verlag.de
ständige Vertreterin: Heike Wokon heike.wokon@die-linke-hh.de

Gremium/Name	Mail	Telefon
Sanierungsbeirat Billstedt/Mümmelmannsberg		
Orhan Buluktemur.	buluktemurorhan@hotmail.de	0176/48 59 01 98
Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S6/Berta-Kröger-Platz		
Christine Wolfram	Kontakt s.o.	
Sanierungsgebiet Wilhelmsburg S 5 Südliches Reiherstiegviertel		
Jörg von Prondzinski	Jvp.wbg@botanischerverein.de	
Sanierungsgebiet St. Pauli – Nord S 3 Karolinentviertel Ost		
Marut Perle		327 44 24
Vertretung: Beate Rau	andreabehrendt1@gmx.de	0152/02 13 13 44
Sanierungsgebiet St. Pauli S 5 Wohlwillstraße		
Holger Knorr	holger-st-pauli@gmx.de	0176/28 00 90 61
Vertretung: Verena Brachvogel	verena.brachvogel@gmx.de	0162/536 98 89
Stadtteilrat für Rothenburgsort		
Mario Laval	mario.laval@awo-betriebsrat.info	
Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz	Kontakt s.o.	
Auswahlgremium »Auslobung Neuer Nutzer für das Centro Soziale, Sternstraße 2«		
Beate Rau	Kontakt s.o.	
Vertreter: Holger Knorr	Kontakt s.o.	
Stadtteilbeirat St. Georg Mitte		
Bernhard Stietz-Leipnitz	Kontakt s.o.	
Renate Twardzik	r.twardzik@web.de	24 38 08
Quartiersbeirat Münzviertel		
Bernhard Stietz-Leipnitz	Kontakt s.o.	
Vertr.: Steffen Leipzig	Kontakt s.o.	
Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg		
Manfred Schubert	Kontakt s.o.	
»Runder Tisch« zum Thema Südliches Reiherstiegviertel, Machbarkeitsstudie Veringhöfe		
Renate Hercher-Reis	Kontakt s.o.	
Regionale Schulkonferenzen		
Projektgruppe Schulreform/regionale Schulentwicklungskonferenz der Region 3 Wilhelmsburg		
Manfred Schubert	Kontakt s.o.	

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE Hamburg-Mitte

Borgfelder Straße 83

20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08

Fax: (040) 285 769 09

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

[Fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.](mailto:Fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte)

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg Mitte.

V.i.S.d.P.: Sandra Clemens und Bernhard Stietz-Leipnitz

Auflage: Juni 2009, 1.000 Stück

Satz und Layout: Gerd Siebecke

Titelfoto: Aufklärung gegen Gentrification (Foto: Michael Joho)

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.